

WELTWOCH.CH

Ausgabe 49/07 | Magazin

Tatwaffe

Messerland Schweiz

Urs Paul Engeler

Politiker und Medien ereifern sich – wieder einmal – über das Sturmgewehr. Gemordet, verletzt und geraubt wird in der Schweiz hingegen vor allem mit dem Messer. Zweifelsfreie Fakten wider die gezielt inszenierte nationale Hysterie.

Am Tag der Aufklärung der Erschiessung der 16-jährigen Francesca durch die persönliche Waffe des Luis W. schusterte der Tages-Anzeiger, das Zentralblatt der Entwaffner der Miliz, reflexartig und darum wenig reflektiert, eine scheinbar beeindruckende Liste der «Tötungsdelikte mit Armeewaffen» zusammen, die er am Tag danach auch abdruckte. Der publizistische Arm der Gegner der privaten Lagerung des Sturmgewehrs hat elf Fälle aufgespürt, die sich innerhalb von sechs Jahren abgespielt haben, wobei jedoch lediglich fünf Verbrechen (sowie ein Unfall) tatsächlich mit einem Sturmgewehr der Schweizer Armee in direktem Zusammenhang stehen. Die Tabelle konnte so zwar den emotionalen Aufruf des Blatts unterstützen, umgehend die laufende Anti-Sturmgewehr-Initiative zu unterschreiben. Sie war überdies durchaus geeignet, das Publikum zu erschrecken und das ohnehin labile politische Personal in eine noch kopflösere Hektik zu versetzen. Vor allem aber vernebelt der Katalog die Sicht auf die Tatsachen. Was wohl der Sinn der Übung war.

Wie viele Schusswaffen in den Schweizer Kellern, Estrichen, Schlafzimmern, Stuben, Schränken, Schubladen und Kommoden gelagert werden, kann niemand sagen. Eher provisorische Überschläge, die vor allem von den Gewehrgegnern veranstaltet werden, gehen von rund 2,3 Millionen Gewehren, Revolvern und Pistolen aus, die in privatem Besitz sind und in den Haushalten ruhen. Mitgezählt werden die knapp 600000 Jagd- und Sportwaffen. Nach dieser Kalkulation würde sich in jedem dritten Haushalt (36 Prozent), überdies meist eher rudimentär gesichert, eine Schusswaffe befinden. Die einzige genaue Zahl in diesen freihändig geübten Spekulationen betrifft die Sturmgewehre der aktiven Soldaten: Es sind 252000, gerade mal gut zehn Prozent aller Gewehre.

Allerdings sind alle derartigen Rechnungen und Überlegungen, die regelmässig zum Horrorbild einer rekordmässig bewaffneten und hochgradig gefährdeten Nation stilisiert werden, völlig unerheblich. Denn nicht die Zahl der privat aufbewahrten Schusswaffen bestimmt das Sicherheitsrisiko der Schweiz, sondern die Gewaltbereitschaft der Menschen. Und diese ist – in krassem Gegensatz zur öffentlich geschürten und medial verbreiteten Meinung – im internationalen Vergleich sehr gering.

Das verlässliche «European Sourcebook of Crime and Criminal Justice Statistics» weist für die Schweiz, das Land mit der wohl grössten Schusswaffendichte in Europa, nicht nur die tiefsten Mordraten aus. Die Statistiken belegen zudem, dass die Tötungsdelikte hierzulande leicht rückläufig sind. Im Schnitt werden in der Schweiz von einer Million Menschen weniger als zehn das Opfer einer Attacke, die aufs Leben zielt.

In den Niederlanden, wo nur zwei Prozent der Haushalte überhaupt eine Schusswaffe besitzen, liegt diese Mordquote auf ungefähr gleich tiefem Niveau; in Finnland dagegen werden sogar dreimal so viele Menschen (dreissig, auf eine Million gerechnet) ermordet. Die Zahl der privat gehaltenen Schusswaffen und das gesetzliche Waffenregime haben mit der Zahl der Opfer somit definitiv nichts zu tun. Keine einzige Statistik kann eine solche Korrelation herstellen. Wenn unbedingt eine Wechselbeziehung zwischen Feuerwaffen und Tötungen konstruiert werden muss, dann ist eher die gegenteilige Aussage erlaubt: Eine hohe Dichte von Schusswaffen bedeutet ein geringes Risiko, ermordet zu werden.

Kaum Verbrechen mit Schusswaffen

Im Jahre 2006 sind im Kanton Luzern zehn Tötungsdelikte verübt worden, drei davon wurden «vollendet», wie der Polizeijargon den Tod des Opfers registriert. In sieben Fällen kamen die Attackierten mit einer Verletzung oder mit dem Schrecken davon. In keiner einzigen der zehn Bluttaten spielte eine Schusswaffe irgendeine Haupt- oder Nebenrolle: Es kam keine Pistole zum Einsatz, kein Jagdgewehr, keine Schrotflinte – kein Sturmgewehr und auch keine andere Armeewaffe. Als Mord- und Mordversuchsmethoden sind in der Auflistung des Kantons ausschliesslich «Hieb- und Stichwaffen», «erwürgen» und «erdrosseln» aufgeführt. Luzern ist kein statistischer Ausreisser, sondern die Schweizer Realität.

In der gleichen Zeitspanne wurden im Kanton Bern total 24 Tötungsdelikte (versuchte und «vollendete») gezählt. Bei jedem zweiten dieser Kapitalverbrechen, also zwölfmal, wurde mit dem Messer zugestochen; lediglich sechsmal war eine Feuerwaffe im Spiel. Von den 391 Körperverletzungen wurden 69 (17,6 Prozent) mit einer Hieb- oder Stichwaffe verübt; nur 6 Wunden (1,5 Prozent) wurden den Opfern mit einer Schusswaffe zugefügt.

Noch tiefere Werte für den verbrecherischen Gebrauch des Gewehrs oder der Pistole weist der Kanton Zürich in seiner detaillierten, indes nach etwas anderen Kriterien erstellten Kriminalstatistik (Krista 2006) aus (siehe Grafik Seite 29). Bei den schweren Delikten gegen Leib und Leben dominiert mit grossem Abstand die Stichwaffe (86 Fälle) vor «anderen gefährlichen Gegenständen» (44) und den Schlagwaffen (19). Die Schusswaffe (10) kam fast gleich wenig zum Einsatz wie Gift und Chemikalien (8 Fälle).

Die gesamtschweizerischen Erhebungen, die aktuellste für 2006 ist abzurufen unter www.fedpol.admin.ch/fedpol/de/home/dokumentation/medieninformationen/2005/2005-07-07.html, belegen, dass die Gewehre, Revolver, Pistolen und Flinten in der Schweizer Kriminalität eine untergeordnete Rolle spielen. Bei den 198 vorsätzlichen Tötungsdelikten (60 «vollendet») war in 17 Prozent der Fälle eine Schusswaffe das «Tatmittel»; in 35 Prozent der Delikte hingegen, also mehr als doppelt so häufig, wurde ein Messer benutzt. Bei den 2675 Raubüberfällen war nur in 7,9 Prozent der Attacken eine Schusswaffe im Spiel; in 13,4 Prozent der Vorfälle ein Messer. Noch krasser ist das Verhältnis bei den 9272 registrierten Körperverletzungen: In weniger als einem Prozent dieser Vergehen war überhaupt eine Schusswaffe das Tatmittel; in knapp sechs Prozent der Fälle erfolgte der Angriff mit einem Messer; der grosse Rest der Verletzungen wurde den Menschen mit andern Methoden zugefügt.

Der Vorrang des Messers bei Mord, Körperverletzung und Raub ist keine Novität, hat sich in den letzten Jahren allerdings noch akzentuiert. Bereits im Langzeitvergleich, vor einem Jahr erstellt durch das Bundesamt für Statistik («Tötungsdelikte. Fokus häusliche Gewalt. Polizeilich registrierte Fälle 2000–2004»), erschien als die dominierende Tatwaffe das Messer (36 Prozent). Für 34 Prozent der Angriffe wurde eine Feuerwaffe benutzt. Diese Quote hat sich nochmals markant verschoben. Heute antworten alle Kriminalisten auf die Frage nach der hauptsächlich eingesetzten Waffe spontan: «Das Messer!»

Armeewaffen nur in 3 Prozent der Taten

Kommt dazu, dass es gar keine verlässlichen Zahlen gibt, wie viele der Straftaten, in denen eine Schusswaffe benutzt wurde, tatsächlich mit einer Armeewaffe oder, noch genauer, mit einem Sturmgewehr ausgeführt wurden. Das Bundesamt für Polizei (Fedpol), das die zentrale Kriminalstatistik führt, macht nicht nur keine Schätzungen, sondern mahnt bei allen Ziffern zur Vorsicht. Häufig würden auch ehemalige (und heute rein private) Armeewaffen zur Gruppe der persönlichen Armeewaffen gezählt, erklärt Jürg Bühler, Stellvertreter des Chefs des Dienstes für

Analyse und Prävention (DAP) im Bundesamt.

Gemäss Hochrechnungen, die der Kriminologe und SP-Professor Martin Killias, Chefideologe der Waffeneinzieher, getätigt hat, kamen bei «gewöhnlichen Morden» (sic!) in lediglich 16 Prozent aller Attacken mit Feuerwaffen auch Ordonnanzwaffen (Pistolen und Sturmgewehre) zum Einsatz. Fast zwei Drittel der gebrauchten Schusswaffen waren illegal. Kombiniert man die Werte der Statistiker mit jenen von Killias, dann spielen Armeewaffen in knapp drei Prozent der Tötungsdelikte eine Rolle.

Motiviert durch die zunehmend irrationaler und wirrer geführte Waffendebatte hat die Militärjustiz begonnen, die Sturmgewehr-Morde einzeln zu addieren. Das provisorische Zwischenergebnis des Oberauditorats in Bern stützt die Befunde: Es sind absolute Sonderfälle, die jedes Jahr an einer Hand abgezählt werden können; in einzelnen Jahren gibt es sogar überhaupt nichts zu notieren.

Statistisch gesehen, hat das Sturmgewehr keinen Einfluss auf das Sicherheitsniveau des Landes. Der grösste Risikofaktor für die Schweizerin und den Schweizer ist und bleibt das Messer. Gleichwohl hält bereits die vormals einigermaßen solide Neue Zürcher Zeitung (NZZ) die «Zeit für kritische Fragen» und den Abschied von der «Eigenverantwortung» des Soldaten für gekommen. «Zu Recht», meint sie, die Relationen verschiebend, würden nach der Bluttat von Höngg die «Emotionen um die Frage, ob Ordonnanzwaffen weiterhin nach Hause abgegeben werden sollen, weiter» geschürt.

Bisher ist es niemandem eingefallen, die Abgabe von Hieb- und Stichwaffen vom «Leumund» des Käufers und der Käuferin sowie von einem «Bedürfnis- und Fähigkeitsnachweis» abhängig zu machen, wie die Initiative mit dem mehrfach irreführenden Titel «Für den Schutz vor Waffengewalt» dies beim Sturmgewehr fordert. Auch die Initianten verschwenden keinen Gedanken ans Messerland Schweiz. Ihr Volksbegehren zielt auch nicht auf mehr Sicherheit im täglichen Leben; der Kampf gegen das Sturmgewehr verfolgt ganz andere Absichten.

Federführend bei der Lancierung und bei der Sammlung der nötigen 100000 Unterschriften sind die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) und andere linke, kommunistische, grüne oder friedensbewegte Gruppierungen, die den Armeeabschaffern unterstützend nahestehen. Dass die Beschlagnahmung der Armeewaffen ein Etappenziel auf dem geduldig verfolgten Weg zur Totalliquidation dieser Verteidigungseinrichtung ist, leuchtet ein.

Interessanter ist die plötzliche Begeisterung des Militärexperten der NZZ für die Konfiszierung der Gewehre der Soldaten. Er leiht seine Stimme all jenen, die ihre Langfristagenda auf die Abschaffung der Miliz und auf die Konstituierung einer Profitruppe ausgerichtet haben, wie er selbst verrät: «Der Charakter der Milizarmee würde sich fraglos ändern.» In welcher bedenklichen Richtung, liess sich vor einem Jahr auf dem Waffenplatz Zürich-Reppischtal feststellen, als die «Durchdiener», wie die Militärprofis genannt werden, auf Drogen getestet wurden. Alle Laborbefunde lauteten: «positiv».

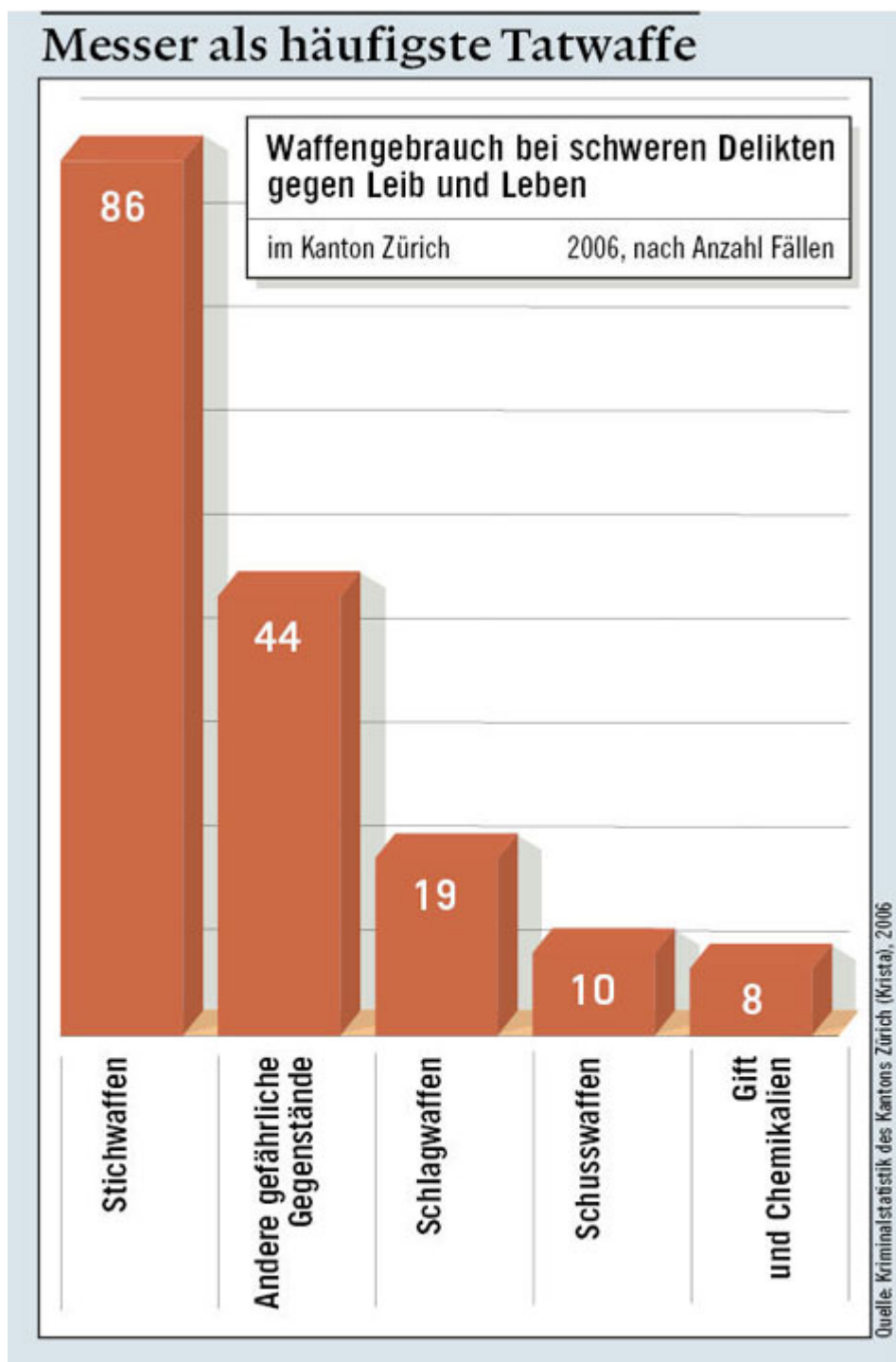
Schliesslich sind auch alle Feinde des «Sonderfalls Schweiz» eifrig bestrebt, den privaten Waffenbesitz zu verbieten. Die nächste Einpassung in das europäische System steht denn auch bereits an. Das EU-Parlament hat letzte Woche eine weitere Verschärfung des (Schuss-)Waffenrechts beschlossen. Als Schengen-Land wird die Schweiz diese Norm und die absehbaren weiteren Restriktionen brav übernehmen – oder aus dem Verbund austreten müssen. Sicherheitsgewinne werden zwar keine erreicht, doch das Ziel EU-Kompatibilität rückt etwas näher. Das Spiel ist durchsichtig; die eigentlichen Intentionen der Anti-Sturmgewehr-Initiative sind leicht identifiziert: Abschaffung der Armee, Zerschlagung der Miliz, schlanke Einpassung der Schweiz in das EU-System, Nato-Kompatibilität einer auf Auslandseinsätze getrimmten Armee.

Dass in einem freiheitlichen, geordneten Land individueller Schusswaffenbesitz kein erhöhtes Sicherheitsrisiko bedeutet, ist nicht Schwärmerei und rückwärtsgewandte Verklärung, sondern eine mit Zahlen jederzeit belegbare Realität. Jede gegenteilige Behauptung ist falsch, mit kantonalen, nationalen, internationalen und von Wissenschaftlern angefertigten Statistiken eindeutig widerlegbar.

Jede gegenteilige Behauptung ist ein schäbiger Missbrauch der Opfer.

Eine Veränderung braucht die heutige Regelung allerdings, um wirklich liberal genannt zu werden. Zum Recht auf Waffenbesitz gehört auch das Recht auf Waffenverzicht. Ein Wehrmann, den die Präsenz einer Schusswaffe im Haushalt irremacht oder gar ängstigt, soll die Möglichkeit erhalten, seine Pistole oder sein Sturmgewehr im Zeughaus zu deponieren. Die rechtlichen Hürden für diese zentrale Lagerung der Waffen sind derzeit eindeutig zu hoch. Mit Sicherheit hat dies allerdings nichts zu tun. Wer die Tatwaffen konfiszieren will, muss mit dem Einsammeln der Messer beginnen.

Hören Sie diesen Artikel auf www.weltwoche.ch/audio



Nehmen Sie an unserer wöchentlichen Umfrage teil.

Frage: Leidet die Demokratie, wenn der Schweizer Soldat seine Waffe nicht mehr zu Hause aufbewahrt?

www.weltwoche.ch/umfrage

(c) 2007 by Die Weltwoche, Zürich - E-mail: webmaster@weltwoche.ch